



Ende Februar / Anfang März besuchte ich die drei öffentlichen Nominierungsveranstaltungen der Parteien *CDU Sipplingen*, *Die Linke* und der Wählervereinigung *Sipplinger Freie Wähler (SFW)*, um einen möglichst unmittelbaren Eindruck von den Bewerbern zu gewinnen und gegebenenfalls kurzfristig noch einen weiteren Wahlvorschlag zu organisieren.

Meine Beobachtungen bei der Versammlung der *SFW* haben mich spontan motiviert, deren Liste zu vervollständigen. Die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der verschiedenen Persönlichkeiten, der allgemeine Wunsch nach Bürgernähe und Transparenz, der ehrliche und (selbst-) kritische Rückblick bisheriger Ratsmitglieder sowie die Offenheit gegenüber neuen Entscheidungsfindungs- und Mitgestaltungsverfahren haben mich schlussendlich überzeugt.

Am 30. März 2014 stellte *A. Zumbrock* den Bewerbern über die Internetplattform *Forum Sipplingen* neun Fragen zu verschiedenen kommunalen Themen. Gerne beantwortete ich sie dort, um meine Standpunkte darzulegen und damit eine Entscheidungshilfe für die Wahl am 25. Mai 2014 anzubieten. Zur besseren Lesbarkeit und Offline-Nutzung habe ich meine Vorstellungen zu diesem pdf-Dokument zusammengefasst.

## 1. Sehen Sie Handlungsmöglichkeiten zur Entschärfung der Parkplatzsituation während der Sommermonate?

Übergeordnetes Ziel muss sein, die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu steigern, um unseren Gästen den Umstieg auf Bus und Bahn zu erleichtern. Sipplingen sollte sich deshalb für ein regionales Gesamtkonzept mit Einbeziehung des Umlandes einsetzen (siehe Hegau-Bodensee Verbund GmbH, u. a. Familien-Tages-Ticket, VHB-Gästekarte) und die Anliegen der Initiative

Bodensee-S-Bahn unterstützen (z. B. Elektrifizierung, dichtere Taktung).

Ohne verkehrliche Alternativen reist die überwiegende Zahl unserer Tagesgäste mit dem eigenen PKW an. Dabei kommt es regelmäßig zu Kapazitätsproblemen mit dem vorhandenen Parkraum. Die derzeit vergleichsweise wenig restriktiven Regelungen ermuntern zur innerörtlichen Parkplatzsuche – mit der Folge, dass wegen verstopfter Straßen oder zugeparkter Privatgrundstücke die Sicherheit, die Wohnqualität und der Erholungswert in erheblichem Maße beeinträchtigt werden. Zusätzlichen Parkraum lehne ich ab, denn damit würden wir noch mehr Autos anziehen.

Die Grenze der Belastungsfähigkeit unserer Infrastruktur wird vor allem seit der Neukonzeptionierung der Uferanlagen immer häufiger überschritten. Unsere drei bewirtschafteten Parkplätze könnten als notwendiges Regulativ wirken. Dazu müssten wir jedoch die Parkierung im Dorf und in den Landschaftsschutzgebieten in den Griff bekommen.

Ich schlage vor, für die Zeit der Parkraumbewirtschaftung (1. April bis 31. Oktober) analog zur Tempo-30-Zone im gesamten Dorfgebiet ein Zonenparkverbot mit dem Zusatz „Parken in gekennzeichneten Flächen erlaubt“ einzurichten. Das Verbot gilt für alle öffentlichen Verkehrsflächen, sofern nicht abweichende Regelungen durch Verkehrszeichen angeordnet oder erlaubt sind. Bei der Kennzeichnung der Parkflächen werden die Anwohner miteinbezogen, um bedarfsgerechte Lösungen mit entsprechenden Beschilderungen zu finden, z. B. Stellplätze „für Bewohner mit Parkausweis Nr. \_“ (wird saisonal gegen eine Gebühr ausgestellt), Bereiche mit zeitlicher Einschränkung (Parkscheibepflicht) oder auch frei verfügbare Plätze. Die außerhalb der markierten Flächen sowie vorschriftswidrig abgestellten Fahrzeuge erhalten konsequent Strafzettel bzw. werden bei Gefährdung der Sicherheit abgeschleppt.

Die Kosten für den Gemeindevollzugsdienst, die Beschilderung und die Markierungen müssten durch Einnahmen aus den ggf. noch anzupassenden Gebühren für Parktickets und Parkausweise gedeckt werden. Mit Hilfe der Erfahrungswerte vergangener Jahre sollte eine realistische Kalkulation möglich sein.

Weit ausführlicher wird dieses Thema übrigens unter dem Beitrag [forum-sipplingen.de/sommermonate\\_verkehr](http://forum-sipplingen.de/sommermonate_verkehr) erörtert.

## 2. Sind Sie der Meinung, dass der Radweg am östlichen Seeufer gebaut werden soll?

## 3. Haben Sie konkrete Vorschläge zur Verkehrsberuhigung der B 31 alt?

Diese zwei Themen betrachte ich zusammenhängend.

Nach wie vor stehe ich hinter den Forderungen unserer Initiative zur Verkehrsberuhigung B 31 alt. Das Bundesverkehrsministerium beabsichtigt eine Ausweitung der Lkw-Maut auf weitere 1000 Kilometer Bundesstraßen und kleinere Transporter ab 7,5 Tonnen. Spätestens mit der Fertigstellung des mittlerweile genehmigten Teilstücks *Überlingen Tierheimkreuzung - Burgberg* kann davon ausgegangen werden, dass die *B 31 neu* zwischen Stockach und Überlingen kostenpflichtig wird. Sipplingen muss deshalb unbedingt einen erneuten Anlauf im Sinne der Initiative starten, um den Mautausweichverkehr über die *B 31 alt* zu verhindern.

Hoffen dürfen wir auch auf einen für uns positiven Nebeneffekt der Überlinger Landesgartenschau 2020. Einige Planungen sehen nämlich vor, einen verkehrsreduzierten Stadtring einzurichten, u. a. mit Parkmöglichkeiten auf der mehrspurigen Strecke zwischen *Brünnensbach* und der *Ausfahrt Krankenhaus*. Damit wäre eine Verkehrsberuhigung mit Lkw-Fahrbeschränkungen für die gesamte seenahe Trasse naheliegend. Solche Denkansätze gilt es von

unserer Seite gemeinsam mit Ludwigshafen zu unterstützen.

Die Zahl der Freizeitsportler mit Pedelecs und E-Bikes steigt stetig an. Somit gibt es immer weniger Radler, die auf ebenen Strecken mit niedrigen Geschwindigkeiten fahren (bzw. mit den Steigungen auf der Route durch das Dorf überfordert sind). Mit dieser Entwicklung sind Radfahrer erst recht als gleichwertige Verkehrsteilnehmer anzuerkennen. Für Tempo 30-Zonen schreibt die StVO den Straßenverkehrsbehörden unter § 45 Abs. 1c vor, dass sie nur in Gebieten mit hoher Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte und ohne benutzungspflichtige Radwege angeordnet werden dürfen. Die Begrenzung zwischen Bahnhof und Bütze wäre mit einem separaten Radweg kaum mehr aufrechtzuerhalten.

Eine durch geschwindigkeitsmindernde Einrichtungen (z. B. fest installierte Blitzer, Pfortnerampeln) entschärfte *B 31 alt* ohne Lkw-Durchgangsverkehr kann Radfahrern durchaus zugemutet werden. Bis auf wenige Ausnahmen ließen sich dort sogar Radfahr- bzw. Mehrzweckstreifen anbringen, an einigen Stellen könnte man dazu den Bereich zwischen Straße und Bahnlinie etwas verschmälern. Der finanzielle Aufwand und der Bedarf an weiterer Flächenversiegelung wären dafür sicherlich geringer als bei einem ca. 900 m langen Radweg auf einem neuen Damm entlang der Gleise zur Seeseite.

Weitere Überlegungen:

- Spaziergänger (z. T. mit Hunden), Liegeplatzbesitzer (häufig mit Gepäck) und Radfahrer müssten sich den sehr beengten Weg zwischen Landungsplatz und Osthafen teilen. Dass diese gemeinsame Nutzung nicht ungefährlich ist, zeigt sich auf unserer vergleichsweise großzügigen und übersichtlichen Radbrücke.
- Radfahrer, die möglichst zügig von A nach B kommen wollen (z. B. Pendler), vermeiden erfahrungsgemäß jeden Umweg. Von uns Sipplingern würden bestenfalls diejenigen einen seeseitigen Radweg nutzen, die aus der Straße *Im Breitenweingarten* oder westlich davon kommen bzw. dorthin wollen. Viele würden wohl weiterhin

die *Seestraße* oder den *Gehren* bevorzugen.

- Bisher wurde noch nicht öffentlich dargestellt, wer die Folgekosten für den Radweg übernehmen müsste, z. B. für die Reinigung, die Instandhaltung, den Winterdienst oder die Ausleuchtung.
- Der Zugang zum renaturierten Ufer zwischen Osthafen und Ortsausgang Ost ist derzeit nur Insidern bekannt. Mit einer seenahen Radwegtrasse würde man wohl deutlich mehr Badende und Lagernde (samt Müll und Lärm) in diesen sensiblen Bereich locken.

Mehr zu diesen Themenbereichen:

[Forum Sipplingen](#) unter „Initiative zur Verkehrsberuhigung B 31 alt“ und „Radverkehr“.

#### **4. Haben Sie konkrete Vorschläge zur innerörtlichen Verkehrsberuhigung (z. B. in den Straßen *Breite, Morgengasse* und *Gehren*, wo sich kaum einer an Tempo 30 hält)?**

Vorschläge habe ich zwar, konkret sind sie allerdings nicht.

Nach meiner Wahrnehmung sind vorwiegend ortskundige Fahrer schneller als erlaubt unterwegs. Die innerörtliche Geschwindigkeitsbeschränkung sollte deshalb vor allem uns selbst immer wieder vor Augen geführt werden, z. B. durch

- Geschwindigkeitsanzeigen an wechselnden Standorten,
- weitere auf die Fahrbahn aufgebrachte Flächenmarkierungen als wiederholte Hinweise auf die Tempo-30-Zone und
- regelmäßige Appelle im Mitteilungsblatt.

Sporadische Tempomessungen mit entsprechenden Bußgeldern sind für den Moment schmerzhaft, wirken aber erfahrungsgemäß wenig nachhaltig.

Vermutlich ließe sich der Verkehr mit baulichen Maßnahmen wie Berliner Kissens, Temposchwellen oder Fahrbahnverengungen bremsen, z. B. mit Pflanzkübeln, Pflasterstreifen oder Markierungen für Stellplätze. Da diese Einrichtungen auch negative Begleiterscheinungen mit sich bringen (u. a. Gefahr für Rad-

fahrer, ältere und beeinträchtigte Menschen, Behinderung des Rettungs- und Winterdienstes, zusätzlicher Lärm), sollten sie nur auf ausdrücklichen Wunsch der angrenzenden Anwohner und nach gründlicher Prüfung installiert werden.

Ich könnte mir vorstellen, dass akzeptable und vernünftige Lösungen am ehesten dann gefunden werden, wenn man interessierte Bürger bei der Ideensammlung, Planung und Durchführung einbindet.

#### **5. Setzen Sie sich dafür ein, dass alle dafür geeigneten Verhandlungsgegenstände in öffentlichen Gemeinderatssitzungen besprochen werden?**

Hier lässt sich an meiner vorigen Antwort anschließen. Intakte Dorfgemeinschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sich die Bürger aktiv einbringen können. In Sipplingens Vereinen, Kirchengemeinden, Rettungsorganisationen, in der Jugendarbeit, bei Festen u. v. m. leisten zahlreiche Ehrenamtliche großartige Arbeit. Unsere Entscheidungsträger wissen das zu würdigen und unterstützen diese Bereiche auch in beachtlicher Weise.

Bei Gemeindeangelegenheiten hingegen vermisste ich den Mut bzw. den Willen unserer Verwaltungsorgane, interessierte Bürger gemäß den Mindestanforderungen oder darüber hinaus zu informieren. In modernen Gemeinden, die erfolgreich auf Teilhabe und Mitgestaltung ihrer Einwohner setzen, genießt die Öffentlichkeit kommunaler Themen und Gremien prinzipiell einen hohen Stellenwert (Stichwörter Bürgernähe, Bürgerhaushalt, Bürgerkommune).

- Selbstverständlich muss der Gemeinderat als Interessensvertretung aller Bürger deren Belange weitestgehend öffentlich behandeln. Die Voraussetzungen des Ausschlusses der Öffentlichkeit sind in der Gemeindeordnung eng gefasst, ein Ermessensspielraum bei der Handhabung dieser Regelung besteht nicht (vgl. § 35 GemO). In juristischer Fachsprache lautet die Begründung:

„Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen gehört zu den wesentlichen Verfahrensbestim-

mungen des Gemeinderechts. Er hat die Funktion, dem Gemeindebürger Einblick in die Tätigkeit der Vertretungskörperschaften und ihrer einzelnen Mitglieder zu ermöglichen und dadurch eine auf eigener Kenntnis und Beurteilung beruhende Grundlage für eine sachgerechte Kritik sowie die Willensbildung zu schaffen, den Gemeinderat der allgemeinen Kontrolle der Öffentlichkeit zu unterziehen und dazu beizutragen, der unzulässigen Einwirkung persönlicher Beziehungen, Einflüsse und Interessen auf die Beschlussfassung des Gemeinderats vorzubeugen.“ (VGH Baden-Württemberg, 25.2.2013)

- In den vergangenen Jahren war selten nachvollziehbar, wer welche Projekte initiierte und inwieweit diese in nichtöffentlichen Sitzungen oder bei Klausurtagungen vorbereitet wurden. Nach meiner Wahrnehmung wurde in öffentlichen Gemeinderatssitzungen kaum über das Ob oder über alternative Ansätze diskutiert, sondern häufig ohne lange Aussprachen recht eindeutig für die Beschlussanträge abgestimmt.

Die Gemeinde sollte ihre Einwohner bei wichtigen Planungen und Vorhaben frühzeitig und detailliert unterrichten (§ 20 GemO). Stichpunktartige und kurzfristige Ankündigungen von Tagesordnungen reichen nicht aus, um die Bürger im Sinne einer offenen Kommunalpolitik in die Überlegungen und in das Verfahren einzubinden.

- Nicht jeder interessierte Bürger möchte oder kann an jeder Gemeinderatssitzung teilnehmen. Somit muss er sich in der Regel mit der Berichterstattung der lokalen Presse oder den Kurzberichten begnügen. Zu einer offenen und konstruktiven Diskussion zwischen Bürgern ihren Vertretern gehört jedoch der freie Zugang aller zu den grundlegenden Informationen. Die Sitzungsprotokolle enthalten die Sachinformationen zu den Themen, die Anträge, die Ergebnisse der (teilw. namentlichen) Abstimmungen und oft auch die Diskussionsbeiträge der Ratsmitglieder. Ich plädiere dafür, dass diese ausführlichen Niederschriften in zeitgemäßer Form dauerhaft zugänglich gemacht werden. Vorbildlich handhaben das

z. B. die Gemeinden *Gottmadingen* oder *Owingen*. Nur mit größtmöglicher Transparenz werden ggf. auch unpopuläre Entscheidungen mitgetragen.

- Zudem setze ich mich dafür ein, dass jährlich wenigstens eine Bürgerversammlung stattfindet. Laut Gemeindeordnung sollen wichtige Gemeindeangelegenheiten mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck soll der Gemeinderat in der Regel einmal im Jahr, im Übrigen nach Bedarf eine Bürgerversammlung anberaumen (vgl. § 20a GemO). Seit 2008 hat es in Sipplingen keine Bürgerversammlungen mehr geben, sondern ausschließlich themengebundene Informationsveranstaltungen, an denen bereits gefasste Beschlüsse präsentiert und erläutert werden.

#### **6. Machen Sie Ihre Entscheidungen auch vom Meinungsbild Ihrer Fraktion abhängig?**

Die *Sipplinger Freien Wähler* verstehen sich als Zusammenschluss unabhängiger Personen, die weder parteipolitische Interessen verfolgen noch Parteiprogrammen verpflichtet sind. Alle Bewerber möchten sich individuell und persönlich für die Zukunft unseres Dorfes einbringen. An diesen Aussagen müssen wir uns messen lassen. Das Meinungsbild innerhalb der Wählervereinigung darf deshalb bei Abstimmungen im Gemeinderat kein Entscheidungskriterium sein. Als Ratsmitglied würde ich mich dafür einsetzen, dass in deutlich mehr Fällen als bisher namentlich abgestimmt wird.

#### **7. Ist es Ihrer Meinung nach erstrebenswert, bei wichtigen Vorhaben einen Bürgerentscheid durchzuführen?**

In Baden-Württemberg sind die formalen Hürden für dieses Beteiligungsverfahren relativ hoch angesetzt, weswegen es wohl nur selten bemüht und dann auch tatsächlich durchgeführt wird. Meines Erachtens sollte der Gemeinderat von sich aus einen Bürgerentscheid auf den Weg bringen, sobald bei einem wichtigen Vorhaben ein sehr knapper Ratsbeschluss vorliegt oder eine Bürgerinitiative ernsthaft ein Begehren anstrebt. Um den zeitlichen und

finanziellen Aufwand für alle Beteiligten möglichst gering zu halten könnte man Bürgerentscheide vorzugsweise an Wahlen koppeln.

#### **8. Können Sie sich vorstellen, wenigstens einmal im Jahr eine Gesprächsrunde zum Meinungsaustausch mit interessierten Bürgern anzubieten?**

Diese Frage wurde bei den Kandidatenvorstellungen vor fünf Jahren sowohl von Bewerbern der *CDU* als auch der *Freien Wähler* bejaht und als gute Anregung bewertet. Nach meinem Kenntnisstand haben solche Gesprächsrunden seither nicht stattgefunden. Bei der Nominierungsveranstaltung der *Sipplinger Freien Wähler* begründeten dies die amtierenden Gemeinderäte mit der großen zeitlichen Belastung, die das Amt ohnehin schon mit sich bringt. Für weitere Termine bliebe deswegen kaum mehr Luft bzw. Energie. Und doch waren sich alle Anwesenden darin einig, dass öffentliche Bürgertreffen sinnvoll und gewinnbringend wären. Wir verständigten uns darauf, künftig regelmäßig zu Themenrunden einzuladen. Gerne würde ich die Organisation der ersten Termine übernehmen.

#### **9. Werden Sie das Forum Sipplingen oder ein anderes interaktives Medium nutzen?**

Mit Hilfe interaktiver Medien lassen sich Informationen, Anregungen sowie Meinungen recht unkompliziert veröffentlichen und nachlesen, und zwar unabhängig von Ort und Zeit. Weshalb sollten nicht auch Ratsmitglieder diese Möglichkeiten nutzen, z. B. um die Transparenz ihrer Arbeit zu verbessern?

Nach wie vor stehe ich hinter der Idee und den Zielen dieser Plattform, wie ich sie bereits 2008 bei ihrer Installation formulierte (*Forum Sipplingen* → „Über uns“). Natürlich werde ich das Forum Sipplingen weiterhin pflegen und aktiv einsetzen – verbunden mit der Hoffnung auf einen regen und fruchtbaren Gedankenaustausch.

---

Weitere Fragen, Anregungen oder sonstige Rückmeldungen sind jederzeit herzlich willkommen.

*Jürgen Straub*